

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6188
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Polzeitsungslite Nr. 3167

Der Gemeindearbeiterstreik in Malmö. — Die Ausgestaltung der Allgemeinen Arbeitsordnung in Mannheim. — Der Arbeiterausschuß und das städtische Kanalbetriebsamt in Magdeburg. — Wie die städtischen Arbeiter Dresdens leben. — Ein Stück Beamtenalltag aus Schwabach. — Unser Organisationsstand in München. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau.

Der Gemeindearbeiterstreik in Malmö.

Die deutsche Presse brachte in jüngster Zeit mehrfach Notizen über einen in Malmö ausgebrochenen Ausstand der Gemeindearbeiter. Hat derselbe doch überall ziemlich großes Interesse erweckt, und zwar ganz besonders wegen der ablehnenden Haltung der Stadtverwaltung den Streikenden gegenüber, wie auch infolge der recht eigenartigen Streikbrecherkolonnen. Um unseren Kollegen mit authentischem Material aufwarten zu können, nahmen wir daher Veranlassung, uns von bestunterrichteter Seite Informationen zu beschaffen. Wir haben denn auch bereitwilligst Auskunft erhalten und sei die uns von der Bruderorganisation (die Gemeindearbeiter sind in Schweden im Grob- und Fabrikarbeiterverband organisiert) gewordene Orientierung über Gang und Stand der Dinge hier wiedergegeben:

„Die eigentliche Ursache des Konflikts liegt in den vor kurzem beigelegten, aber über ganz Schweden ausgedehnten Differenzen im Transportgewerbe, die sich auf alle Hafenplätze des Landes erstreckten. Dabei verhängte der Transportarbeiterverband die Sperre über die Schiffe und die darauf befindlichen Güter, und infolgedessen wurden in fast all den Hafenplätzen Mitglieder des Grob- und Fabrikarbeiterverbandes in den Konflikt hineingezogen, weil sie sich nicht mit den gesperrten Gütern befassen konnten. Am 7. Juli traf im Malmöer Hafenbezirk eine Wagenladung Planen ein, über die vom Transportarbeiterverband die Sperre verhängt wurde, weil sie aus einem gesperrten Schiff von Streikbrechern ausgeladen worden waren. Die Arbeiter, nämlich sechs Mann, die sonst dergleichen Planen weiter zu verladen pflegten, weigerten sich dessen und wurden dafür sofort entlassen. Sie gehörten dem Schwedischen Holzarbeiterverband an. Unmittelbar darauf erhielten sieben Mitglieder unseres Verbandes, Abteilung Malmö, Auftrag, die Arbeit auszuführen, aber sie erklärten, erst mit ihrem Ortsvertrauensmann sprechen und dessen Rat hören zu wollen. Dies wurde ihnen versagt, und die Folge war, daß sie sich weigerten, die Planen zu verladen, weshalb auch sie unmittelbar entlassen wurden. Ferner wurde ein Mitglied entlassen, weil es sich weigerte, einen Polizeiführer mit einem Boot zu fahren, das draußen im Hafen bei dem Kriegsschiff „Almatea“, auf dem englische Streikbrecher untergebracht waren, Wacht halten sollte.

Die Regierung ernannte schließlich eine Schlichtungskommission, die sowohl den Konflikt im Transportarbeitergewerbe wie die übrigen größeren Konflikte

im Lande zur Lösung bringen sollte. Am 20. Juli wurde ein Übereinkommen getroffen, das unter anderem besagte, daß die Sperren aufgehoben und die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden sollten.

Die Stadt Malmö stellte jedoch die oben erwähnten entlassenen Arbeiter nicht wieder ein, und als unsere Abteilung um Verhandlung nachsuchte, wurde ihr von den städtischen Behörden geantwortet, daß sie die Verhandlung ablehnten, weil die betreffenden Arbeiter den Tarifvertrag gebrochen hätten. Es steht nämlich in dem Tarifvertrag, daß Streiks und Sperren oder Aussperrungen bei den Arbeiten der Stadt Malmö nicht vorkommen dürfen. Nun war ja jene Sperre nicht von unserem Verband oder dessen Ortsabteilung erklärt worden, sondern von einem anderen Verband, der keinen Tarifvertrag mit der Stadt Malmö hatte; aber unsere Mitglieder richteten sich nach dem Sperrebeschuß, was dann als Tarifbruch bezeichnet wurde. Nun beging auch die Stadt unserer Meinung nach einen Tarifbruch, und zwar dadurch, daß sie sich nicht auf Verhandlungen einließ; denn eine zum Tarifvertrag gehörende Verhandlungsordnung schreibt deutlich vor, auf welche Weise Streitigkeiten zu lösen sind. Unsere Abteilung in Malmö ersuchte nun den Verbandsvorstand um seine Zustimmung zu einer Arbeitsniederlegung in allen städtischen Werken und Arbeitszweigen, um dadurch dem Rechte Geltung zu verschaffen. Auch die Ortsabteilung des Holzarbeiterverbandes richtete dies Ersuchen an ihre Verbandsleitung, weil auch ihre entlassenen Mitglieder nicht wieder eingestellt worden waren. Die Entlassenen waren mehrere Jahre im Dienste der Stadt tätig gewesen, so daß sie bald das zur Pension berechtigende Dienstalter erreicht hätten.

Da sowohl der Hauptvorstand unseres Verbandes wie der des Holzarbeiterverbandes zu der Auffassung kam, daß der Tarifvertrag fortdauernd Geltung habe, konnte das Verlangen der Ortsabteilungen um Unterstützung des allgemeinen Streiks nicht erfüllt werden; beschlossen wurde jedoch, alles Mögliche zu tun, um Verhandlungen herbeizuführen.

Die betreffenden Abteilungen traten gleichwohl am 7. August d. J. in den Streik. Der Streik umfaßt sämtliche Arbeiter der städtischen Gaswerke, der Betriebe, die der Finanzkammer unterstellt sind, des Schlachthaus, des Elektrizitätswerkes, des Gaswerkes und des Straßenreinigungs- und Abfuhrwesens, im ganzen 1000 Mann, die alle der Abteilung Malmö des Schwedischen Grob- und Fabrikarbeiterverbandes angehören, mit Ausnahme von 50 Mann, die der Abteilung des Schwedischen Holzarbeiterverbandes, und 15 Mann, die der Abteilung des Schwedischen Eisen- und Metallarbeiterverbandes angehören. Die Verbände selbst unterstützen also die Streikenden nicht, da aber ihre Malmöer Ortsabteilungen Arbeiter in allen übrigen,

privaten Aktiengesellschaften gebörenden Werken und Betrieben zu Mitgliedern haben, sorgen diese für die finanzielle Unterstützung.

Der Betrieb wird in den verschiedenen Werken, die der Streik umfaßt, teilweise von Freiwilligen aus der Bürgerklasse, wie Kontoristen, Studenten, Bankbeamten, Grobhandlern, Militärs usw. aufrechterhalten, wozu noch einige Berufstreifbrecher kommen, die schon während des Transportarbeiterkonfliktes Streikbrecherarbeit verrichteten.

Nach Bericht unserer Ortsabteilung ist die Stellung für die Stadt Malmö unhaltbar, weshalb die Abteilung glaubt, siegen zu können.

Hier wie überall zeigen sich die Unterachmer, ob Privat- oder Stadtbetriebe, als die gleichen: den Arbeitern alle Zumutungen, aber keine Rechte. Der Streik ist infolgedessen recht unzulässig hervorgebrochen. Bei solchen Umständen bedarf es aber stets der größtmöglichen Vorsicht. Lieber einige Tage länger mit der Proklamierung gewartet, wie blindlings hineingelaufen. Allerdings verläßt auch die größte Ruhe und schärfste Logik einmal. Meinesfalls dürfen bei der Erwägung der Arbeitsniederlegung die uns zustehenden Chancen außer Betracht gelassen werden. Staat und Gemeinde haben eben in solchen Fällen noch andere Hilfsmittel wie Private, um die Arbeiter niederknütteln zu können. Neben ihrer Gewalt und der „Aufrechterhaltung“ von Sicherheit und Ordnung durch Infanterie und Kavallerie haben die Stadtgrößen sofort noch einen „Wohlfahrtsausschuß“ ins Leben gerufen, der für Herbeischaffung von Streikbrechern aus allen Kreisen sorgt, und siehe da, es hat sich gezeigt, daß bei solchen Gelegenheiten selbst recht verwöhnte Herren einige Tage schmutzige Arbeit machen. Ist dergleichen für die Dauer auch nicht aufrechtzuerhalten, so wird doch für die Arbeiter immerhin ein Nachteil im Kampfe geschaffen. Goffen wir, daß der dortige Kampf unserer Kollegen und Kolleginnen keine Wunden schlägt, sondern Nutzen bringt.

A. M.

Die Ausgestaltung der Allgemeinen Arbeitsordnung in Mannheim.

Die zurzeit in Mannheim geltende Allgemeine Arbeitsordnung für die städtischen Lohnarbeiter besteht in ihren Grundzügen seit dem Jahre 1899. Sie ist ein Produkt der Ende der 90er Jahre in einer Anzahl von Städten einsetzenden Arbeiterpolitik, deren Ursachen weniger in dem höheren Verständnis der Städte für soziale Probleme, als vielmehr in den wirtschaftlichen Verhältnissen jener Zeit zu suchen sind. Die Löhne der städtischen Arbeiter waren fast überall abnorm niedrige und standen tief unter denjenigen der Privatindustrie, die, begünstigt von der damaligen Hochkonjunktur, überall die besten Arbeitskräfte an sich zog, während es den Stadtgemeinden immer schwerer wurde, einen Stamm tüchtiger Arbeitskräfte dauernd zu erhalten. Der ständige Wechsel der Arbeiter in den technischen Unternehmungen der Städte ist aber gerade für diese ein empfindlicher Mangel und so suchte man durch Einführung von Vergünstigungen, auf die erst nach längerer Dienstzeit ein Anspruch erworben wurde, einen Anreiz für die Arbeiter zu schaffen, das Arbeitsverhältnis bei der Stadtgemeinde denjenigen in der Privatindustrie vorzuziehen, trotz der höheren Löhne in der Privatindustrie.

Wie aber die Städte überall bei der Einführung von Neuerungen zugunsten der Arbeiter außerordentliche Vorzicht walten lassen, damit die Sache ja nicht zu viel Geld kostet, so waren auch die Zugeständnisse der Mannheimer Arbeitsordnung recht minimale und vor allem bildeten die Vergünstigungen der Arbeitsordnung keine Rechte für die Arbeiter, sondern sie waren Wohltaten, die der Stadtrat gewähren konnte und die meist noch von einer besonderen Beschlussfassung abhängig waren. Nachdem auch schon früher kleinere Änderungen stattgefunden, erfolgte eine tiefgreifende Umgestaltung der Arbeitsordnung auf Antrag der Arbeiterausschüsse im Jahre 1905, wo nicht nur die einzelnen Vergünstigungen einen weiteren Ausbau erfuhren, sondern auch die bisherigen Wohltaten in Rechte verwandelt wurden, so daß die verhassten Worte: „Der Stadtrat kann gewähren“ aus allen

Paragrafen verschwanden, mit Ausnahme bei der Urlaubs-gewährung.

Inzwischen hat aber die Entwicklung nicht stillgestanden. Manche Bestimmungen haben sich überlebt. Neues ist in Erscheinung getreten und vor allem konnte auch das Erstarren der Organisation der städtischen Arbeiter nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Dinge bleiben. So stellten denn die Mannheimer Kollegen im Januar dieses Jahres eine Reihe von Forderungen auf, die dem Stadtrat in einer eingehend begründeten Petition unterbreitet wurden. Die Forderungen sind folgende:

1. Einführung der neunstündigen Arbeitszeit für alle Arbeiter mit Ausnahme der Fuhrleute, für die die Arbeitszeit 11 Stunden und der Theaterarbeiter, für die sie 10 Stunden nicht übersteigen soll. — Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für alle Tag und Nacht ununterbrochen laufenden Betriebe.

2. Erreichung des tarifmäßigen Höchstlohnes schon nach fünfjähriger, statt wie bisher nach zehnjähriger Dienstzeit, und Vergütung sämtlicher Handwerker und Gärtner nach Klasse A des Tarifs.

3. Einführung eines Prozentsätzigen Zuschlags für alle Sonntagsarbeiten, gleichgültig, ob dieselben in den Dienstplan fallen oder nicht.

4. Die Entfernungszulage soll auch für die Bedienen bei einer Entfernung von 2½ Kilometer 1 Mk. täglich betragen, wie bei den Verheirateten.

5. Der Lohnklassentarif soll künftig als bindende Vorschrift, nicht wie bisher, als allgemeine Richtschnur gelten.

6. Die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn soll schon nach einjähriger Dienstzeit auf die Dauer eines halben Jahres gewährt werden, auch sollte es nicht als Unterbrechung der Dienstzeit angesehen werden, wenn der Arbeiter innerhalb eines Jahres bis zu 6 Monaten krank ist, oder infolge Betriebs Einstellung die Arbeit aussetzen muß.

7. Der Urlaub sollte bei dreijähriger Dienstzeit vier, bei fünfjähriger Dienstzeit sechs und bei zehnjähriger Dienstzeit zehn Arbeitstage betragen.

8. Bei Einstellung von Arbeitskräften sollen die im Bereich der Stadt Mannheim wohnenden Arbeiter den Vorzug erhalten und im übrigen alle Arbeiter durch den städtischen Arbeitsnachweis eingestellt werden.

9. Für schmutzige Arbeiten sollten in vermehrtem Maße Schutkleider gestellt werden.

10. Der Arbeiterausschuß soll bei Beschwerden gegen Strafverfügungen gehört werden und außerdem beim Abzug von Strafgebern nicht länger als eine Woche zugewartet werden, andernfalls die Strafen erlassen sind.

11. Die Bestimmung, nach der Eingaben nur durch die Vermittlung der Amtsvorstände an den Stadtrat gelangen sollen, soll beseitigt werden.

12. Auf die Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung soll der Rechtsanspruch gewährt und die für die Bemessung der Rente maßgebende Lohnaufschlagsumme in jeder Klasse um 100 Mk. erhöht werden, entsprechend dem tatsächlichen Verdienst, auch sollen Arbeiter, die wegen Alter oder sonst verminderter Leistungsfähigkeit in eine niedrigere Lohnklasse versetzt werden, nicht mehr nach der niedrigeren, sondern nach den Sätzen der höheren Lohnklasse pensioniert werden.

13. Das Vorkaufsrecht des Stadtrats bei der Wahl der Vorsitzenden der Arbeiterausschüsse sollte wegfallen und als Gesamtvertretung der städtischen Arbeiter ein Generalarbeiterausschuß gebildet werden, bestehend aus den Vorsitzenden der einzelnen Betriebsausschüsse und einem von jedem Betriebsausschuß zu jeder Sitzung besonders zu bestimmenden Ausschussmitglied.

Den Sitzungen des Gesamtarbeiterausschusses soll der Organisationsvertreter als Vertreter der Arbeiter mit beratender Stimme beiwohnen.

Diese Forderungen wurden als Zusatz bzw. Abänderungsanträge zu den einzelnen Paragraphen der Allgemeinen Arbeitsordnung gestellt und wie schon erwähnt, im Januar dem Stadtrat eingebracht. Lange Zeit dauerte es nun, bis die Herren Vorstände der technischen Ämter ihre seitens des Stadtrats eingeforderten Gutachten an zuständiger Stelle abgaben und dann trat noch eine weitere Verzögerung ein durch den Tod des Oberbürgermeisters Dr. Red.

Ende Juli fand dann eine von über 400 städtischen Arbeitern besuchte öffentliche Versammlung statt, in der protestiert wurde gegen die Verschleppung der Eingabe und endlich im Anfang August nahm der Stadtrat Stellung zu der Sache. Das Resultat der Verhandlungen wurde dem Arbeiterausschuß durch die Meistvorstände schriftlich mitgeteilt. Auch hier zeigte sich wieder, daß dieselben Herren, die ihre eigenen Interessen mit bewundernswürdiger

weiter Energie wahrzunehmen verstehen, teilweise sehr langsame Fortschritte sind, wenn sie im Auftrage des Stadtrats den Arbeitern von irgendeiner, auch der geringfügigsten Verbesserung Mitteilung machen müssen. Einzelne Ressorts haben ihren Arbeitern, nachdem sie 14 Tage im Besitz der städtischen Verfügung waren, noch keine Mitteilung gemacht. Es zeigt sich eben auch hier wieder, wie schon früher bei anderen Gelegenheiten, daß die Amtsvorstände sich verdammt wenig um den Willen ihrer vorgesetzten Behörde kümmern, wenn er ihnen nicht in den Kram paßt.

Die Entscheidung des Stadtrats findet nicht in allen Teilen den Beifall der Arbeiter. So vor allem deshalb nicht, weil die Beschlüßfassung über die wichtigsten Dinge ausgeübt wurde und erst von den im Oktober neuzuwählenden Stadtverordneten erledigt werden soll.

Es sind dies die unter 1, 2, 3 und 6 aufgeführten Forderungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Erreichung des Höchstlohnes in fünf Jahren, Entlohnung aller Handwerker und Gärtner nach Klasse A, 10 Proz. Zuschlag für dienstplanmäßige Sonntagsarbeiten sowie Verzählung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn nach einjähriger Dienstzeit auf die Dauer von 6 Monaten.

Genehmigt wurden: 1. Die Festsetzung der Entfernungszulage für alle Arbeiter auf 1 Mk. 2. Der Lohnklassentarif gilt als bindende Vorschrift insofern, als die dort aufgestellten Löhne Minimallohne sind, unter die nicht heruntergegangen werden darf. 3. Die Regelung des Urlaubs nach unserem Antrag, mit der Einschränkung, daß bei einem Urlaub von mehr als einer Woche die etwa in die Woche fallenden Feiertage als Urlaubstag gerechnet werden. Schärfften Protest fordert es aber heraus, daß die Worte „bei befriedigender Dienstleistung“ mit in den betreffenden Paragraphen aufgenommen wurden. Die Befestigung dieser Bestimmung, die lediglich zu Schlägen ausgenutzt werden würde, wird erste Aufgabe des Gesamtausschusses sein. 4. Die Einstellung von Arbeitern erfolgt tunlichst durch den städtischen Arbeitsnachweis und erhalten im Bereich der Stadt Mannheim wohnende Arbeiter den Vorrang. 5. Der Rechtsanspruch auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung wurde im Prinzip angenommen und die Lohnanschlusssumme um je 100 Mk. erhöht. 6. Das Bestätigungsrecht des Stadtrats fällt fort gegenüber den Vorsitzenden der Arbeiterausschüsse, diese sind lediglich verpflichtet, innerhalb 8 Tagen nach der Wahl von ihrer Ernennung Mitteilung an den Stadtrat zu machen. Der Gesamtarbeiterausschuß setzt sich zusammen aus den Vorsitzenden der Betriebsausschüsse und deren Stellvertreter, unter Hinzurechnung der Vertreter der Arbeiterorganisationen, die beratende Stimme haben. Nicht genehmigt wurden die unter 10 und 11 aufgeführten Forderungen. Nur soviel wurde festgelegt, daß Geldstrafen, die bei der übernächsten Lohnzahlung nicht eingehalten werden, dem Arbeiter erlassen sind, während die Beschaffung von Schulkleidern im Einverständnis mit den Betriebsvorständen erfolgen soll. Warum gerade die Bestimmung, daß Eingaben nur durch die Amtsvorstände an den Stadtrat kommen sollen, beibehalten werden soll, ist nicht recht ersichtlich, da sie bisher schon nicht eingehalten werden konnte, was wohl auch in Zukunft der Fall sein dürfte.

Ein abschließendes Urteil über den Wert der Bewilligungen läßt sich erst nach Verhandlung der zurückgestellten Forderungen durch das Stadtverordnetenkollegium fällen. Das wichtigste an dem bisher Vorliegenden ist zweifellos die Bestimmung über die Arbeiterausschüsse. Ihrer prinzipiellen Bedeutung wegen geben wir die betreffenden Paragraphen im Wortlaut wieder:

§ 39. Um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, Wünsche und Beschwerden zur Kenntnis der städtischen Behörden zu bringen, werden in allen Betrieben Arbeiterausschüsse eingerichtet, deren Mitglieder über 25 Jahre alt und seit mindestens 2 Jahren in städtischen Diensten stehen müssen. Die Mitglieder werden in gemeinsamer Wahl von den volljährigen Arbeitern des Betriebes gewählt. Jeder Arbeiterausschuß ist verpflichtet, innerhalb 8 Tagen nach erfolgter Wahl einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter für diesen zu ernennen und dem Stadtrat hiervon Mitteilung zu machen. Zur Beratung und Begutachtung aller, die Interessen der gesamten städtischen Arbeiterschaft betreffenden Fragen wird ein Gesamtausschuß bestellt. In denselben entsenden die für die einzelnen Betriebe gebildeten Sonderausschüsse je ihren Vorsitzenden sowie dessen Stellvertreter. Zu den Sitzungen dieses Gesamtausschusses können Vertreter der Arbeiterorganisationen als Berater der Arbeiter mit beratender Stimme zugezogen werden. Im

übrigen werden die näheren Vorschriften insbesondere über Amtsdauer, Befugnisse und Geschäftsordnung der Arbeiterausschüsse vom Stadtrat erlassen.

Die damit gegebene Anerkennung der Arbeiterorganisationen war eine logische Folge des bereits vor 1½ Jahren gefaßten Stadtratsbeschlusses, nach dem Gauleiter Sedmann als Vertreter der Arbeiter anerkannt wurde und das Bürgermeisteramt die Verechtigung erhielt, mit ihm zu verhandeln. Im übrigen ist die Verechtigung zur Teilnahme an den Sitzungen für die Organisationsvertreter an den Nachweis gebunden, daß die betreffende Organisation eine nennenswerte Mitgliederzahl unter den städtischen Arbeitern hat, was in Mannheim nur für den Gemeindevorstand zutrifft.

Hoffentlich überwinden nun auch die übrigen Städte die Scheu vor der Anerkennung der Organisationen. Es ist höchste Zeit, daß der veraltete Standpunkt, den viele bisher in dieser Beziehung eingenommen haben, endlich aufgegeben wird. Werden doch die Organisationsvertreter nuncmehr auch von der Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen anerkannt, wie der Minister versichert, nachdem Oberbürgermeister Dr. Willens-Heidelberg, der wiederholt mit unserem zuständigen Gauleiter verhandelte, die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens für beide Teile in der badischen Kammer hervorgehoben hatte.

Die städtischen Arbeiter allerwärts mögen aber daraus die gute Lehre ziehen, daß sie nur durch Anschluß an die Organisation eine Macht bilden, die auch dem Gegner Anerkennung und Achtung abnötigt. A. Sedmann.

Der Arbeiterausschuß und das städtische Kanalbetriebsamt in Magdeburg.

In fast allen städtischen Betrieben der Stadt Magdeburg haben die Arbeiter in Form der Arbeiterausschüsse, eine Instanz, durch die sie ihre Anträge, Wünsche und Beschwerden der zuständigen Betriebsleitung übermitteln können. Eine Ausnahme davon machen das Kanalbetriebsamt, der Pachthof und die Krankenanstalten, trotzdem der § 134 der Gewerbeordnung die Bildung solcher Ausschüsse vorschreibt. Hier wiederholt sich das alte Lied, daß es nur an den Arbeitern selbst liegt, wenn ihnen derartige Arbeitervertretungen vorenthalten werden. Mit aller Macht sträuben sich die betreffenden Verwaltungen gegen die Einführung. Der Grund dieses Widerstandes ist nur darin zu suchen, daß, falls ein derartiger Arbeiterausschuß errichtet wird, ein gewisses konstitutionelles System in den einzelnen Dienstzweigen zur Einführung gelangt. Bis jetzt waren sie noch Selbstherrscher, ohne jemals den Widerspruch der Arbeiter in ihren oft ungeschicklichen Maßnahmen herauszufordern. Beim städtischen Kanalbetriebsamt ist es besonders der Stadtbauverwalter Lohse, der alle Mühen springen ließ, damit nicht ein derartiger Arbeiterausschuß in Kraft treten sollte. Auf die Dauer war aber dies doch nicht zu hintertreiben. Die Arbeiter hatten eben eingesehen, daß es mit dem sogenannten Wohlwollen, besonders der unteren Vorgesetzten, nicht weit her ist. Am 1. Juli d. J. stellten sie daher durch die Betriebsleitung beim Magistrat den Antrag, gleich den Arbeitern der anderen städtischen Betriebe, auch ihnen einen Arbeiterausschuß zu geben. Von den 46 Beschäftigten unterzeichneten 37 diesen Antrag. Nur eine Anzahl Vorarbeiter hatten sich davon ausgeschlossen; dadurch war man gezwungen, dem Begehren der Arbeiter stattzugeben. Aber auch für dieses Vorgehen haben die Arbeiter Opfer bringen müssen. Zwei ihrer Kollegen, die sich an der Sammlung von Unterschriften für diesen Antrag besonders ins Zeug legten, mußten das Reich des Herrn Lohse verlassen. Unter den wichtigsten Gründen, die schon seit längerer Zeit gesucht wurden, erfolgte deren Entlassung. Beschwerde, gegen die nach Meinung der Kollegen ungerechtfertigte Mündigung, ist beim Magistrat eingereicht.

Vergebens warteten die Arbeiter bis jetzt auf die Bekanntmachung zur Wahl des Arbeiterausschusses. In allen Betrieben ist es üblich, daß durch Aushang an den Arbeitsstätten die Wahl publiziert wird. Es war aber bekannt, daß doch einige liebe Kinder des Herrn Lohse bereits wußten, daß der Magistrat dem Antrage auf Errichtung eines Arbeiterausschusses stattgegeben hatte. Am Donnerstag, den 20. August, hing mit einem Male eine Bekanntmachung, nicht etwa der Betriebsleitung, sondern von den Vorarbeitern Laube und Müller, an der Tafel, worin diese beiden darauf verweisen, daß am Sonnabend, den 22. August, eine Versammlung in der Mannschaftejeube der Kanalisation betreffs der Arbeiterauswahl stattfinden solle. Hinter verschlossenen Türen wurde nun sich dort bald handelseinig und die Wahl gleich vorgenommen. Stimmzettel wurden gemacht und mit der Mühe, die die Städte

der in den anderen Betrieben üblichen Wahlurne vertret, kam auch eine Wahl zustande. Von den 46 beschäftigten Arbeitern waren 22 anwesend. Daß der Ausschuß — eigentlich kann man ja nur von einer Majorität eines solchen reden — nach dem Geiste nach des Herrn Voge aussah, versteht sich am Rande. Am Montag, den 23. August, hatte Herr Voge seine Verteidigung über die Wahl in den Worten Ausdruck gegeben: „Alles tüchtige, ordentliche und solide Leute sind gewählt worden.“ Natürlich nur in seinem Sinne. Die überwiegende Mehrzahl der bei der Kandidation Beschäftigten ist aber anderer Sinnes. In der am Sonnabend, den 22. August, stattgefundenen Mitgliederversammlung der städtischen Arbeiter wurde das Verfahren einer eingehenden Kritik durch den ständigen Sekretär unterzogen. Am Montag war aber auch schon König Voge informiert. „Der Bauarbeiter hat gar nichts zu sagen, wir machen das wie wir wollen,“ war sein Trost, den er seinen Getreuen gab.

Wir wollen doch mal sehen, ob Herr Voge über den Magistrat steht und ob der Magistrat vor Herrn Voge zu Kreuze stehen wird. Hier ist eine Intrigue gesponnen worden, wo der Vertriebsleiter, Stadtbauverwalter Voge, der Hehler ist, um nur solche Leute in den Ausschuß zu bekommen, die in seinen Händen Wachs sind. Wenn Herr Voge aber glaubt, daß wie sein Mäzenat nicht schon lange durchschaut haben, so wollen wir ihm zum Beweise gelegentlich einige Proben davon geben. Ueber die Arbeiterauschüsse. Nachdem am Sonnabend, den 22. d. M., wie Protokoll beim Magistrat eingelegt, förmlich ratifiziert der Magistrat die Kandidatur des Stadtbauverwalters Voge und weist ihm an, welche Funktionen ein Betriebsverwalter eines städtischen Betriebes zu versehen hat. Daß ihm solches nicht klar, hat er außer durch diesen Brutalakt schon des Öfteren bewiesen. Wir erwarten ferner vom Magistrat, daß er diese Wahl annullieren und dafür Sorge tragen wird, daß in nächster Zeit unter Ausbannung einer vorherigen vierzehntägigen Bekanntmachung vor dem Wahltermin und unter der sonst üblichen auch in den anderen städtischen Betrieben gehandhabten Praxis eine Neuwahl angeordnet wird.

pk.

Wie die städtischen Arbeiter Dresdens leben.

Zu diesem Artikel in Nr. 33 der „Gewerkschaft“ sind noch einige Ergebnisse der dort behandelten Statistik nachzutragen. Nach der Zusammenstellung der 100 Jahreseinkommen ergeben sich Jahresdurchschnittslöhne von 1189,30 Mk. Der Rat zu Dresden hatte am Anfang des Jahres 1906 eine genaue Statistik über die Löhne der städtischen Arbeiter in den Jahren 1901/05 aufstellen lassen. (Heft 15 der „Mitteilungen des städtischen Amtes der Stadt Dresden“.) Nach dieser Statistik ergaben sich Durchschnittslöhne von 1200 Mk. Dieses geringere Ergebnis der Statistik wurde erreicht durch Rükverrechnung der Heberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit. Aber auch der 1. Januar als Zeitpunkt der Aufstellung auf die Möglichkeit zu einem günstigeren Resultat. Denn am 1. Januar werden nur wenige Arbeiter in den Außenbetrieben beschäftigt. Diese stehen auch schon länger in städtischer Arbeit und haben deshalb einen höheren Lohn. Die Verwaltung der Gartenanlagen hatte damals zur Zeit der Aufstellung der Statistik keine Entlassungen vorgenommen. Und so ergab sich, daß hier die Durchschnittslöhne niedriger waren. Sie betragen 1100 Mk. für die gesamten Gärtnere und 1000 Mk. für die Arbeiter.

Die Statistik von 100 städtischen Arbeitern im Juli dieses Jahres zeigt uns, daß eine Aufbesserung der Löhne seit der Statistik nicht stattgefunden hat. Trotz der bedeutenden Verteuerung der Lebensbedürfnisse. Zerlegt man die verfügbaren Jahressummen in ihre Einzelheiten, das heißt in die Beträge, die für die Bedürfnisse der einzelnen Personen ausgegeben werden können, so ergeben sich erschreckend niedrige Zahlen. Lassen wir die Angaben der Arbeiter selbst sprechen. Die Ausgaben für die 101 Personen betragen in der Erhebungswoche für Fleisch 193,95 Mk., Brot 270,30 Mk., Milch 123,15 Mk., Kartoffeln 92,10 Mk. Das ist pro Tag und Person eine Ausgabe für Fleisch 7, Brot 9,2, Milch 4,2, Kartoffeln 3,2 Pf. Leider sind die Statistiken über den Durchschnittsverbrauch der Lebensmittel pro Kopf der Bevölkerung recht mangelhaft. Das Montagsreich Dresden kommt in seiner Statistik vom Jahre 1906 zu einem Fleischverbrauch von 38 Kilo pro Kopf, die städtischen Arbeiter wurden nach ihren Angaben auf 15 Kilo kommen, unter Zugrundelegung eines Fleischpreises von 1,60 Mk. für ein Kilo. Die Angaben über den Brotverbrauch geben uns scheinbar über den Durchschnittsverbrauch des Meides hinweg. Dies ist ohne weiteres verständlich angesichts des geringen Fleischverbrauches. Jedoch liegen hier keine zuverlässigen Angaben über den Gesamtverbrauch vor.

Die Angaben der Arbeiter zeigen auch bedenkliche Schwankungen in der Lebenshaltung, je nach der Zahl der Familienangehörigen. In der Regel geben die kinderlosen Haushaltungen das dreifache

für Fleischkonsumation aus gegen die kinderreichen Haushaltungen. Beim Brotverbrauch ist das Verhältnis umgekehrt. Der Milchverbrauch zeigt ebenfalls ganz abnorme Verhältnisse. So konnte eine Familie mit einem Kind in der Erhebungswoche ausgeben hierfür 2,80 Mk., eine solche mit fünf Kindern aber nur 1,10 Mk. Dabei war das jüngste Kind sechs Monate alt. Hier zeigt sich so recht das Elend in kinderreichen Familien. Es gehört tatsächlich ein Verstoß gegen die Arbeiterethik dazu, unter solchen Umständen den Haushalt aufrechtzuerhalten.

Diese Tatsachen beweisen, daß die Mindestlöhne der städtischen Arbeiter einer bedeutenden Aufbesserung bedürfen; mit der üblichen Pensionszulage ist hier nichts getan. Und seit Jahr und Tag schon fordern die städtischen Arbeiter einen Mindesttagelohn von 4,20 Mk. Das wären bei voller Beschäftigung 1310 Mk. im Jahre. Mit dieser Summe muß man durchaus beiseite werkschaffen in einer Großstadt. Die Stadtverwaltung hat sich bis jetzt gegen diese Forderung sehr ablehnend verhalten. Nennen etwa die Arbeiter dafür, daß die Stadt angeblich kein Geld hat? Gleich die Diebstahls genau so Saisonarbeiten sind als wie die Hochbauten, wagt man sich, die für Hochbauten gültigen Tariflöhne zu zahlen; Diebstahls gehören nicht zum Bauwerke. Jeder Handmann aber weiß, daß Diebstahls mehr körperliche Anstrengung erfordern. Die Stadtverwaltung verlangt von ihren Arbeitern, daß sie im Stadtgebiet wohnen; sie muß ihnen aber dann auch einen Lohn zahlen, der es den Arbeitern ermöglicht, den Anforderungen der Großstadt gerecht zu werden.

Daß die jetzt gezahlten Löhne nicht ausreichten, gibt die Stadtverwaltung indirekt selbst zu. Man hat den Betriebsangehörigen mit jedem Jahreslohn wiederholt Notunterstützungen im größeren Umfang bewilligt. Nur das Personal der städtischen Straßenbahn allein waren im diesjährigen Haushaltsplan 3000 Mk. eingeplant. Aber schon im April waren diese verbraucht und auf Antrag des Rates wurden vom Stadtverordnetenkollegium weitere 10000 Mk. bewilligt. Danach zu schließen, gewährt man anscheinend lieber unverbindliche Notunterstützungen, als eine ausreichende Bezahlung. Man könnte versucht sein, zu glauben, daß es den maßgebenden Personen eine Freude bereitet, wenn so ein armer Teufel da und wehmütig um eine Unterstützung nachsicht. Sie können ihm so recht seine Abhängigkeit fühlen lassen.

Man sage aber ja nicht, daß die Stadt Dresden in sozialen Dingen rückständig sei!

Ein Stück Beamtentaktik aus Schwabach.

Es ist eine alte Erfahrung, daß diejenigen Vorgesetzten der städtischen Arbeiter, welche in ihrer Stellung und nach der Art der selben auch richtigermaßen mit wenig Gewalt ausgestattet sind, diese Vorse durch eigenmächtige Annahme auszufüllen versuchen. Gewöhnlich ist zu bemerken, daß diese Leute die Arbeiter auch mit den bestmöglichen Dingen trauen. Mit der Stadtverwaltung selbst einmal etwas entgegenkommend und gibt den Arbeitern auf ihre Forderungen notwendige Verbesserungen, dann möchten einzelne Beamten diese Vergünstigungen durch eigenmächtige Maßnahmen annullieren. Als ganz besondere Spezialität scheinen sie den Kampf gegen unsere Organisation zu betrachten. Unsere Organisation ist ja an solchen Witten und Maßregelungen ziemlich reich. Trotzdem gibt unsere Bewegung vorwärts.

Nur wenige Stunden von Nürnberg, in dem etwas über 10000 Einwohner zählenden Städtchen Schwabach tritt das Gesagte ebenfalls zu. Im Gemeinderat sind bedauerlicherweise nur zwei Arbeitervertreter. Die dortigen städtischen Arbeiter hatten es leider bis zum Herbst 1907 auch verstanden, sich in einer einheitlichen Organisation zusammenzufinden. Die Verhältnisse in den Betrieben waren durchaus keine solchen, und als im letzten Quartal des Jahres 1907 unsere Organisation dort auf sah, galt es sofort, für Verbesserungen Sorge zu tragen. Im Dezember wurde den beiden städtischen Stellen eine Eingabe unterbreitet, in welcher Forderung, Zahlung für Heberstunden und Sonntagsarbeit, Sommerurlaub, Gewährung eines Arbeiterauschusses, Einführung einer Arbeitszeit im Gaswerk und Aufstellung transportabler Reparaturanlagen, sowie Entfaltung der im Gaswerk vorhandenen Anlagen verlangt wurden. Der Erfolg war eine Lohnhöhung für den Gaswerkern und Gasarbeitern, Laternenmaler und Aufstallente wurden angeschrieben. Außerdem erhielten die Arbeiter nach ein und zwei Tagen drei Tage, nach drei, vier und fünf Tagen fünf Tage und nach sechs Jahren sechs, die Gasarbeiter sieben Tage Urlaub. Ein Arbeiterauschuss wurde zugestimmt, soll aber heute noch gewählt werden. Auf das Gaswerk sprang außerdem noch eine Arbeitsordnung heraus, welche allerdings der Verbesserung dringend bedarf.

Während nun im Ratamt kein Mitglied der Organisation etwas in der Weg legt, zeigt sich im Gaswerk ein wahres Inquisitionsverfahren. Der Gaswerksdirektor Weber nimmt die Leute einzeln vor und versucht durch allerlei Verpöndungen, die Leute zum Austritt aus der Organisation zu bewegen. Bei solchen Gelegenheiten vertritt er dem einen Monatlohn, einem anderen mehrte er zu, daß der Entfaltung der Lohn mehr gezahlt werden solle und bei Entlohnungen oder Todesfällen würde eben-

falls ein Entgelt gewährt. Dabei vergaß er natürlich nicht, darauf aufmerksam zu machen, daß unter solchen Umständen die Organisation für die Arbeiter nutzlos sei, denn die Stadtgemeinde könne den Arbeitern viel mehr bieten, als dies durch die Organisation gelänge. Die Leute blieben jedoch standhaft und erklärten dem Herrn, wenn seine Arbeiterfreundlichkeit soweit gehe, warum dann nicht schon früher etwas für die Arbeiter getan worden sei, sondern erst jetzt, wo sich dieselben ihrer Gewerkschaft angeschlossen haben. Trotz des mißlingenen Versuches ließ Herr Weber sich nicht abdrücken, sondern minierte weiter. Um diesem Spiel ein Ende zu bereiten, wurde seitens der Gewerkschaft der Versuch gemacht, mit dem Direktor eine persönliche Aussprache herbeizuführen. Obwohl nun diese Leute von sich behaupten, Mäßigung und Aufricht in genügender Menge zu besitzen, ist doch zu konstatieren, daß Herr Weber noch nicht einmal auf das ergangene Schreiben eine Antwort erteilte. Nur durch andere Personen wurde ermittelt, daß Herr Weber erklärt habe, mit Personen, welche seine Leute verhetzen haben, unterhandele er nicht. Dessenungeachtet wartete man mit weiterem Vorgehen, um zu sehen, ob die Anfrage einen Einfluß auf das bisherige Handeln des Direktors habe. Doch weit gefehlt. Der Direktor schien der Gewerkschaft, die Organisation zu vernichten, in Gleich und Mut übergegangen zu sein. Die Schwabacher Kollegen wandten sich deshalb um Schutz an das Gewerkschaftsamt. Dieses beauftragte beim Gaswerksverwaltungsamt, eine kombinierte Sitzung, um diesem die Weiswerden, welche unterdessen sich bedeutend vermehrt hatten, zu unterbreiten. Leider blieb der Versuch ohne Erfolg.

Da wurden die Arbeiter ganz plötzlich mit der Kündigung zweier Kollegen überrascht. Es waren dies die Jubilationshelfer Alexjmann und Wismar. Der erste ist noch ledig, während der letztere vier Kinder zu ernähren hat und auch in Schwabach beheimatet ist. Der Kollege Pechold begab sich nun in Begleitung des Martellvorsitzenden, Genossen Ulrich, zur Gaswerksdirektion, um Klarheit zu schaffen. Trotz Zustimmung der Handlung ließ Herr Weber sich nicht bereden, die Kündigung zurückzunehmen. Diefelbe sei wegen Arbeitsmangel erfolgt und wegen nichts anderem. Herr Weber gab jedoch unumwunden zu, die Leute beeinflusst zu haben, aus der Organisation auszutreten, weil seiner Meinung nach diese für die Arbeiter keinen Wert habe. Daß er aber selbst Mitglied seiner Berufsorganisation, des Technischen Beamtenvereins, ist, scheint für ihn doch Wert zu haben. Alle die Widersprüche ändern aber nichts an der Tatsache, daß die beiden Arbeiter die Opfer einer Willkürregelung sind. Wenn auch zugegeben werden muß, daß für das Gaswerk jetzt eine ungünstige Konjunktur herrscht, so ist dies doch alle Jahre der Fall. Bei derratsberatung und den Verhandlungen über die Lohnforderungen der Arbeiter ist erst darauf hingewiesen worden, daß der Lohn nicht so hoch bemessen werden könne, weil die Leute Sommer wie Winter ihre Beschäftigung haben, ohne Rücksicht darauf, ob wenig oder viel Arbeit vorhanden ist. Die beiden haben also im Sommer mit einem geringeren Lohn vorlieb nehmen müssen in der Hoffnung, dafür im Winter ihre Beschäftigung zu haben. Nun müssen sie leben, daß sie genau so rücksichtslos der Arbeitslosigkeit preisgegeben werden, wie in der Privatindustrie. Der Kollege Wismar bekam im übrigen vorigen Herbst noch eine Stelle angeboten, und da war es der Herr Direktor, welcher Wismar abhielt, dieselbe anzunehmen, denn im Gaswerk habe er ja auch feste Stellung. Jetzt sieht er's. Um den Arbeitsmangel auf dem Gaswerk zu illustrieren, sei betont, daß bereits ein anderer Arbeiter, welcher jetzt noch in Angstadt beim Militär steht, für das Gaswerk engagiert ist.

Nachdem die Unterhandlung resultatlos verlaufen, wurde am anderen Tage, am 21. Juli, mit dem Bürgermeister von Schwabach unterhandelt. Dieser hörte die Beschwerden und erlaubte den Kollegen Pechold, die Sache schriftlich dem Gaswerksverwaltungsamt zu unterbreiten. Dies geschah, und der Erfolg war eine hochmühselige Untersuchung und Befragung der Gasarbeiter im Rathaus in Gegenwart des Direktors, Gasmeisters, eines Gaswerksverwaltungsmitgliedes und des Bürgermeisters. Wenn von einer Grundhaftigkeit bei der Befragung gesprochen werden soll, so trifft dies höchstens auf die Feststellung der Personalien zu, denn dabei verfuhr man so genau, daß sogar gefragt wurde, ob der Arbeiter Katholik oder Protestant sei. Voraussetzungen ist bei der Vernehmung naturgemäß nicht, was mancher davon erwartet hatte. Der arbeitslose Teil vernichtete die Aussage, und einige erklärten, auch deshalb nicht zu sagen, weil die Angelegenheit dem Gewerkschaftsamt zur Entscheidung übergeben sei, und man solle sich nur an dieses wenden. Soweit für jedoch gesagt, daß alles, was in dem Schreiben der Gewerkschaft an den Verwaltungsamt enthalten sei, auch der Wahrheit entspreche. Zwei Kollegen riefen jedoch rufstills mit der Wahrheit heraus.

Aus dem Antwortschreiben des Magistrats an den Kollegen Pechold war ersichtlich, daß die Untersuchung nur zwei Mängel ergeben habe. Einmal die Lagerung der Kohlen im Feuerhaus und zweitens schädlicher Kalk durch Putzen im Feuerhaus. Die Abstellung dieser Mängel sei sofort von dem Bürgermeister angeordnet worden. Weitere belastende Momente, die nicht aufzuführen waren, seien nicht vorzubringen. Jetzt sah sich das Martell veranlaßt, eine öffentliche Protestversammlung ein-

zuberaufen. Diefelbe fand am 8. August unter außerordentlichem Andrang statt. Außer der Arbeiterchaft Schwabachs hatten sich vor allem sehr viel Gastkollegen eingefunden, sowie auch sechs Mitglieder der beiden städtischen Kollegen. In 11. stündiger Rede zerlegte Kollege Pechold das Verhalten des Gaswerksdirektors und des Gasmeisters. Dabei zeigte er dem lesenden Publikum, wie dieses ebenfalls durch eine entwürdigende Behandlung der Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen werde.

In der Diskussion führte der Gemeindebevollmächtigte und Landtagsabgeordnete Genosse Diel aus, es sei bedauerlich, daß die Gaswerksverwaltung einen so rufstills Standpunkt eingenommen habe und nicht mit dem Martell verhandelte. Dadurch sei die Sache erst zur öffentlichen Verhandlung gekommen, was viel besser vermieden werden konnte. Wenn aber ein Beamter der Stadt (Gasdirektor) glaube, in den städtischen Betrieben preussischen Geist einführen zu können, so müsse diesem Herrn eben klargemacht werden, daß nicht er allein maßgebend sei. Auf jeden Fall müßten die beiden entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden. Diefen habe man übrigens durch Jurisprudence bei einem Privatunternehmer Arbeit verschafft.

Am Schluß wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Anwesenden den Gasarbeitern ihre Sympathie für ihre Standhaftigkeit ansprachen, das Vorgehen des Gasdirektors auf das schärfste mißbilligten und von den städtischen Kollegen erwarten, daß diese das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter vor derartigen Gewalttätigkeiten schützen. Der Kollege Pechold wurde beauftragt, dem Magistrat die Behandlung der Arbeiter schriftlich zur Kenntnis zu bringen was bereits geschehen ist.

Durch welche kleinen Mittel der Herr Gasdirektor seinem Groll Geltung verschafft, ersieht man am besten daran, daß den Arbeitern, die bisher im Falle eines Lohnvorstoßes ersuchten, dieser jetzt gesperrt wird. Man hat ihnen gesagt, sie sollen sich nur von ihrem Verband Verschuß geben lassen.

Wie die städtischen Kollegen die Angelegenheit erledigen werden, muß allerdings noch abgewartet werden. Wollen wir hoffen, daß für die Zukunft derartige Machinationen unmöglich gemacht werden.

Unser Organisationsstand in München.

Unsere Filiale hat eine verhältnismäßig gute Entwicklung durchgemacht. In diesen Tagen haben wir eine Mitgliederzahl von 1800 erreicht. Dies Bild ist um so günstiger, wenn man berücksichtigt, daß davon unter Zugrundelegung von 13 Wochenbeiträgen im Quartal 90 Proz. als vollqualifizierte Mitglieder in Betracht kommen. Ein Verhältnis, das nur wenige Organisationen aufzuweisen haben. Ueber das allmähliche Anwachsen der Mitgliederzahl gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Jahr	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
1902	—	—	—	50
1903	106	99	98	89
1904	101	165	228	424
1905	493	516	541	525 ¹⁾
1906	733	810	1000	1110
1907	1360	1500	1554	1600
1908	1700	1720 ²⁾	1800 ³⁾	—

Im Verlaufe des letzten Jahres, d. h. vom 1. Juli 1907 bis 1. Juli 1908, gelangen u. a. folgende Unterstützungen zur Anschaffung: Krankenunterstützung 6836 Mk., Arbeitslosenunterstützung 261,66 Mk., Sterbenunterstützung für Mitglieder bezw. deren Ehefrauen 1240 Mk., Streikunterstützung 142,10 Mk., Unterstützung in besonderen Notfällen 52 Mk., für Rechtschutz 91 Mk., für Bildungsmittel 251,62 Mk., das ist zusammen in einem Jahre 8977,68 Mk.

Auch bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter hat der Verband im Laufe seines Bestehens in München eine sehr intensive Tätigkeit entfaltet. Noch vor drei Jahren zahlte man vollwertigen Arbeitern im Winter einen Lohn von 2,50 Mk. pro Tag, während heute ein Wandertlohn von wenigstens 3,50 Mk. festgelegt ist. Zudem werden im Zukunft nur vorübergehend beschäftigte Arbeiter mit den tariflich festgelegten Löhnen (z. B. ungelernete Arbeiter mit 11, ab 1. April 1909 mit 17 Pf. pro Stunde) entlohnt. Nachdem für 1907 dem Stadtmagistrat eine Summe von rund einer halben Million zur Verbesserung der Arbeitsordnung abgerufen war, wurden im Dezember 1907 neuerdings 30.000 Mk. für die Verbesserung der Gasarbeiter in den Gaswerken und ab 3. Juli 1908 rund 16.000 Mk. für die Erhöhung der noch unter 4 Mk. stehenden Löhne der städtischen Arbeiter erteilt. Erfolge, die ausschließlich auf die Tätigkeit des Gemeindearbeiterverbandes zurückzuführen sind.

¹⁾ Abtrennung der Filiale Galtina mit 73 Mitgliedern

²⁾ Abtrennung der Filiale München-Land mit 130 Mitgliedern

³⁾ Am 25. August 1908.

In einer Broschüre wurden die unhaltbaren Verhältnisse der Versorgungskasse bloßgelegt mit dem Erfolge, daß von den städtischen Kollegen eine Kommission eingesetzt wurde, um die Mängel zu beseitigen. Eine umfangreiche Denkschrift über die Verhältnisse der städtischen Arbeiter sowie über die Abänderung der Arbeitsordnung kam heuriges Frühjahr in 1200 Exemplaren zur Verbreitung und wurde dann durch Beschluß einer großen Versammlung der städtischen Arbeiter als Antrag an den Magistrat geleitet, der bereits in eine Behandlung derselben eingetreten ist. Der Gemeindearbeiterverband wird dieser Angelegenheit das nötige Augenmerk schenken, um auch hier einen Erfolg zu erreichen. In den letzten Monaten wurden auch die Bezüge des Badepersonals in den Schulhäusern um fast ausnahmslos 50 Pf. pro Tag erhöht. Es würde zu weit führen, wollte man all die kleineren Verbesserungen, die in verständnisvollem Zusammenwirken des Verbandes mit den Arbeiterausschüssen und nicht zu vergessen, der sozialdemokratischen Vertreter in den städtischen Kollegien erreicht wurden, aufzählen.

Dennächst soll auch eine Konferenz sämtlicher Arbeiterausschüsse der städtischen Betriebe unter Vorsitz der in Betracht kommenden Verbandsleitungen stattfinden, um die Arbeiterausschüsse selbst auf breiterer Grundlage zu basieren und auch bei Anliegen von besonderer Bedeutung die Organisationen eine Vertretung zu sichern.

Jeden Freund der Arbeiterkassen muß es mit Freude erfüllen, daß sich unter den — gewöhnlich so verpönten — Gemeindearbeitern eine derart gesunde, intensive und umsichtige Tätigkeit entwickelt hat. Dies um so mehr, wenn man weiß, daß der Gemeindearbeiterverband wie keine andere Organisation von den Gegnern bekämpft wird, die da glauben, sich in den Mündener städtischen Betrieben ein warmes Nestchen bereiten zu können. Nach Aufschlepparbeit werden mangels besserer Gründe die führenden Personen des Gemeindearbeiterverbandes schon seit Jahr und Tag in der unsäglichsten und persönlichsten Art verunglimpft und verleumdete, um etwa auf diese Art die Organisation insanken zu bringen. Selbst, was helfen mag, heißt es da. Aber der gesunde Sinn und die rastlose Tätigkeit sowohl der Verbandsleitung als auch der Kollegen werden all diese dunklen Bestrebungen der Gegner zunichte machen. Erst kürzlich hat die christliche Tagespresse von dem „Bankrott des Gemeindearbeiterverbandes“ geredet. Die Figur zeigt, kann man sich einen solchen „Bankrott“ sehr wohl gefallen lassen. Mögen die gegnerischen Organisationen nur so weiter machen, denn wir sind doch ihre lachenden Erben.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, wie zerstörend auf die Arbeitsverhältnisse die „Tätigkeit“ von Organisationsgesplitterten, die in der Berliner Straßenreinigung erdrückt. Die Zustände in einzelnen Abteilungen stinken da geradezu zum Himmel. Den Vorarbeitern — auch Arbeitern mit ganzen 50 Pf. pro Tag Lohn mehr — und den Aufsehern schwillt der Nimm zuweilen derart, daß man Anlaß hätte, für ihre geistige Gesundheit zu fürchten. Wohl in Erinnerung an jene Zeit, da sie sich um die „Ausbildung“ von Meistern mühten, lieben sie die sogenannten Vorgesetzten, ihren Umgangston mit den Arbeitern in Normen zu stellen, die heute selbst ein Diktator gegenüber verschmäh. Die Herrschaften wissen sehr genau, daß sie die Arbeiter — mit deren Ehre und Würde sie manchmal empörend herumspringen — so lange nicht zu fürchten haben, als deren Position durch Harmonieapostel geschwächt wird. Was solche „Vorgesetzten“, denen von den Qualitäten ihres Amtes nichts eingeht, als der Titel, sich alles herauszunehmen wagen, fand Ausdru in ein paar kurzlich stattgehabten Abteilungsverfassungen. In der 31. Abteilung ist es der Aufseher W. u. g., der die Entlassung der Arbeiter als Spezialität betreibt. Vor den ärgerlichen Vorkommnissen schreit dieser Mann nicht zurück. Wörter wie „Stratling“ sind ihm ganz geläufig. Ja, er bezeugt die Arbeiter des Tischstabs und ähnlicher Dinge, ohne die geringsten Anhaltspunkte dafür zu haben. Eines Tages war irgendwo eine Gießkanne abhanden gekommen. Herr W. u. g. hatte sofort eine Erklärung dafür. Er behauptete zunächst, daß die Arbeiter diese aus Schabernack beiseite hatten. Dann aber warf er die Frage auf, ob denn jemand eine Gießkanne geklaut habe, um — wie er sagte — das Grab seiner Schabernackmutter zu besetzen. Heber solchen Phantasmen konnte man lachen, wenn nicht die beleidigende Absicht bei diesen Nichtsnutzigkeiten klar zutage träte. Bis zu welchem Grad von Bildung dieser „Aufseher“ sich aufschwingen hat, zeigt ein kürzlich passierter Vorfall. Ein Arbeiter wurde durch ein dringendes menschliches Bedürfnis zu einer kurzen Arbeitspause gezwungen und blieb daher mit seiner Karte ein wenig hinter der Kolonne zurück. Naum alaublich, aber wahr: er erhielt dafür 2 Stunden Strafarbeit zusätzlich! Als diese Mitteilung der angetretenen Mannschaft bekanntgegeben wurde — auch in der Straßenreinigung geriet man zwecks „Abrechnung“ den Teilnehmenden vor das Forum, nur Eintrittslisten gibt man noch nicht aus, wie der Freiburger

Staatsanwalt bei der Exekution Grete Peiers —, da versuchten einige Arbeiter das Begriffsvermögen ihres Herrn „Vorgesetzten“ etwas zu erleuchten, indem sie ihm plausibel zu machen suchten, daß in solchen Fällen der Arbeiter doch die Kosten nicht beschmutzen könne. Aber Bemühen war umsonst, sie erhielten zur Antwort: „Dann sch... h... Sie sich eben in die Hosen!“ Dieser satigen Glasleistung ein Wort hinzufügen, hieße die darin enthaltene Charakteristik abzuwachen. Staunenswert ist nur, mit wie wenig Verstand ein „Vorgesetzter“ in einem städtischen Betriebe Berlins zu regieren vermag. — In der 1. Abteilung ist es ein ganz kleiner Gemeindegroß, der Vorarbeiter Gerhard, der da meint, an den Arbeitern sein Müßchen tübten zu müssen. Dieser Mann, der in Rücksicht auf seine eigenen Lohnverhältnisse allen Anlaß hätte, mit den organisierten Kollegen gemeinsame Sache zu machen, weiß nichts Besseres zu tun, als den Verbandsmittgliedern Schwierigkeiten zu bereiten. Schöff und pagist ist sein Umgangston mit diesen. Es sei denn, daß sie Lust, Zeit und Geld genug haben, um mit ihm in der Anleihe zu sitzen. Aber wehe, wenn sie diesen Verkehr aufgeben: sie bekommen die ganze Wut der Ingnade des zweigewaltigen zu spüren. Selbst vor Drohungen schreckt der Feld nicht zurück. „Die (i) werden wir auch noch firen kriegen!“ oder „Warte, wenn wir beide allein sind, sprechen wir uns!“ — Tiefe und ähnliche Neußerungen sind Meistproben seiner „Vorgesetzten“-Qualifikation. Ueberflüssig zu sagen, daß er kraft seines erhabenen Amtes jeden leichten Versuch der Agitation für den Verband unterbindet. Aber er kann auch anders! Die Vertreter und geduldeten Kammern des Kirch-Tunderischen Vereins genießen umfangreich seine Güte. Wenn diese wie die Raben über einen Reineingetretenen herfallen, um ihn der freiwilligen Direktions-Schutzgruppe einzureihen, da hat G. nicht nur nichts einzunwenden; nein, da assistiert er den „Raben“ tatkräftig. So sieht es mit dem Koalitionsrecht in den städtischen Betrieben aus. Wie Vorkessendes zeigt, kümmert sich selbst der kleinste Mäffer von einem sogenannten „Vorgesetzten“ den Teufel um die beglückenden feierlichen Erklärungen des Oberbürgermeisters. Was wunder, wenn dann auch die Aussprüche des Direktors der Straßenreinigung, nach denen die Angehörigen zur Organisation Sache der Arbeiter selbst sei, als Schall und Rauch behandelt werden. Ganz selbstverständlich schwindet angesichts solcher Zustände, zu deren Beseitigung der Verwaltung entweder der gute Wille oder die Kraft fehlt, bei den Arbeitern das Vertrauen. Sie müssen und werden in immer größerem Maße daraus den einzig richtigen Schluß ziehen, daß ihnen nur der Weg der Selbsthilfe, der Anschluß an die moderne Gewerkschaftsorganisation bleibt. Arbeit deshalb jeder zu seinem Teil an dieser Aufgabe, und werde in seinem und in der Gesamtheit Interesse für unseren Verband.

Berlin. Vieh- und Schlachthof. Eine gut besuchte Versammlung tagte am 25. August bei Wedmann. In derselben hielt Kollege Zabel ein Referat über: „Die deutsche Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung“. Redner erläuterte die Krankenlaseinrichtungen, Unfallversicherungen und Alters- und Invalidenversicherung. Er verhielt nicht, den Kollegen vor Augen zu führen, wie ein kranker oder verunglückter Arbeiter, welcher glaubt, Massenansprüche zu haben, trotzdem um sein bißchen Recht kommen kann. Es sei Aufgabe der Gewerkschaften, dahin zu arbeiten, daß der Arbeiter mehr zu seinem Recht komme und daß die Versicherungseinrichtungen mehr ausgebaut werden. Ebenso seien noch weitere Arbeiterversicherungen zu fordern, z. B. Arbeitslosenunterstützung, Schutzgeld für jugendliche Arbeiter und anderes mehr, das ist aber nötig, daß die Organisationen stärker werden, um dadurch einen starken Druck auf die Regierung ausüben zu können. Unter dem Punkt: Bericht des Arbeiterausschusses teilt Kollege Reumann die Verhandlungen der letzten Sitzung mit, bei derselben ist im großen und ganzen so viel wie gar nichts herausgekommen, wie es auch bei den meisten Berliner Arbeiterausschüssen ist. Auch hier ist es notwendig, daß die Kollegen sich mehr denn je der Organisation anschließen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. — Dann wurde unter Berücksichtigung noch darüber Anlage geführt, daß die Kollegen, welche auf dem Vieh- und Schlachthof mit Dingeladen und Mohlenausladen beschäftigt werden, zu spät in den Besitz der Bademärkte gelangen, so daß sie erst nach Feierabend haben gehen können, und dann ziehen sie es vor, lieber gar nicht zu haben. Kollege H. Schulz weist die Kollegen darauf hin, daß das Obwaren ja nicht verwunderlich ist, wenn die Kollegen ihr Recht nicht verlangen. Hier ist eben ein sanfter Druck notwendig genau wie auf den Schlachthöfen, damit sie während der Arbeitszeit haben gehen können. Zum Schluß nahm Kollege Zabel noch einmal das Wort und forderte die Kollegen auf, sich dem Verbande anzuschließen, denn nur dadurch können wir Erfolge haben.

Tanzin. Wie sehr den kommunalen Arbeitern Tanzins Einkommen fehlt, zeigen die unterschiedlichen Löhne, die dort bezahlt werden. Während die Installateure der Gaswerke einen einheitlichen Lohn von 4,20 bis 5,20 Mk. steigend erhalten, differiert der Lohn bei den Innenaarbeitern ganz bedeutend. Im alten Gaswerk bekommen Gasarbeiter 35 bis 45 Pf. pro Stunde, im neuen Gaswerk reicht er wieder von diesen Größen ab und ist zum Teil noch niedriger. Dagegen sind die Feuerleute im neuen Gas-

werk besser gestellt, wie im alten. Auch bei diesen Kollegen sind Stundenlöhne üblich. Sie bekommen 10 Stunden bezahlt, während ihr Dienst aber tatsächlich 12 Stunden beträgt. Hofarbeiter werden mit 28-33 Pf. pro Stunde entlohnt. Dienstalterszulagen von 1 Pf. pro Stunde erfolgen alle 5 Jahre. Für die Gasarbeiter ist Sommerurlaub vorgegeben, und zwar nach 5 Jahren 5 Tage, nach 10 Jahren 7 Tage, nach 15 Jahren 10 Tage und nach 20 Jahren 14 Tage. Die Arbeiter aller übrigen Betriebe erhalten keinen Sommerurlaub. Den Handwerkern des Tiefbauamtes wird der in der Privatindustrie übliche Lohn bezahlt: Steinmetz 56 Pf. und Maurer 54 Pf. pro Stunde, Hammer 39 Pf. Sonstige un-gelehrte Arbeiter bekommen 2,90 Mk. pro Tag. Reinigungsamt bezw. Müllabfuhr zahlt Monatslohn, und zwar 80 und 83 Mk. Diese Lohnsätze entsprechen nicht den bestehenden Feuerungsverhältnissen. Die ungelerten, Familie besitzenden Arbeiter sind besonders übel daran, denn sie können die Ausgaben mit ihren Einnahmen nur dann decken, wenn die Ehefrau mitverdienen kann. Eine Verbesserung der Verhältnisse wird von den Arbeitern schon seit langem ersehnt, nur über die einschlagenden Wege können sich viele Kollegen noch nicht klar werden. Vor mehr als Jahresfrist erwartete man Wunderdinge vom Kommunalarbeiterverein. Heute sind schon manche dem Tinnstien die Augen aufgegangen, daß er von dieser Seite nichts zu erwarten hat. Andere wieder legen den Begriff Einigkeit dahin aus, daß sie nur unter ihren engeren Berufskollegen einig sein müssen, um Vorteile zu erzielen. So meinen manche Feuerleute, sie gehören nur zusammen, die Stempner wiederum brauchen nur eine geschlossene Gruppe für sich zu bilden usw. usw. Die Kollegen vergreifen dabei, daß sie alle eine gemeinsame Arbeitgeberin, die Stadtverwaltung haben. Die Stadtverwaltungen rechnen aber in der Regel mit der Gesamtheit ihrer Arbeiter und daher müssen auch die Kollegen ihren Beitrag über Solidarität bedeutend ausdehnen. Alle in den kommunalen Betrieben Beschäftigten haben gemeinsame Interessen, ob sie Handwerker oder Arbeiter sind, beim Tiefbauamt oder den Gaswerken usw. arbeiten, sie gehören zusammen. Und nur wenn sie gemeinsam streben, ihre Lage zu verbessern, werden sie Erfolge erringen. Doch selbst der beste Zusammenschluß auf lokaler Grundlage kann die Arbeiter noch nicht zum Ziele führen, dafür haben wir Beispiele genug. Die Zentralisation ist es, die den Arbeitgebern imponiert. Mit einem lokalen Verein, und wenn er noch so energisch die Interessen seiner Mitglieder wahrnimmt, wissen die Arbeitgeber fertig zu werden. Anders aber, wenn die Arbeitgeber mit den Berufs- und Betriebsangehörigen gleicher Betriebe von ganz Deutschland rechnen müssen.

Freiburg. Die Mitgliederversammlung am 22. August erstreckte sich eines guten Besuches. In verständlicher Weise erläuterte H. K. Freyler, Dresden unser Verbandsprogramm. In diesen Darlegungen konnten die Kollegen so recht erkennen, wie vieles noch zu tun übrig bleibt, um diesen Programmforderungen allenthalben Geltung zu verschaffen. Durch rastlose Tätigkeit für die Organisation kann dies verwirklicht werden. Unter Verbandsangelegenheiten gab H. K. Freyler bekannt, daß Ende September der Kollege Riedel, Berlin hier in einer Versammlung sprechen wird. Für diese Versammlung soll schon jetzt recht eifrig agitiert werden, damit ein guter Erfolg zu verzeichnen ist. Sodann wurde Bezug genommen auf einen Bescheid, welchen vor Jahren die Stadt gefällt hat und nach welchem den Gasarbeitern bei Entlohnungen ein Teil der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld gezahlt werden soll. Durch Anschlag ist dies wohl auch seinerzeit den Arbeitern bekanntgegeben worden. Dieser Anschlag ist jedoch seit länger Zeit verschwunden, niemand weiß mehr den genauen Wortlaut desselben und so gibt es jetzt immer Differenzen. Dem einen zählt man im Krankheitsfalle $\frac{1}{2}$, dem anderen nur $\frac{1}{3}$ des Lohnes, manchen nur gar $\frac{1}{4}$ vom Krankengeld, man zählt auch gar nichts. Wie es eben gerade trifft. Um diesen unhaltbaren Zustand zu beseitigen, soll versucht werden, den Wortlaut der damaligen Festimmung festzustellen. Dem Bericht des stellvertretenden ist zu entnehmen, daß für den 22. Oktober ein Lichtbildvortrag geplant ist, daß in allernächster Zeit eine Vertikalschule des Konsumvereins eröffnet wird und daß alle Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert sind, dem Konsumverein beizutreten. Nach Erledigung einiger anderer Punkte schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der eindringlichen Mahnung, unermüdet für die Organisation zu arbeiten.

Heilbronn. In einer im August stattgehabten außerordentlichen Versammlung erstattete Kollege Sedmann, Mannheim Bericht über den zu Hamburg abgehaltenen 6. Gewerkschaftskongress. Mehr brachte den Anwesenden die wichtigsten Punkte in klarer Weise zu Gehör. Eine Diskussion fand nicht statt, da noch ein Referat des Kollegen Altvater auf der Tagesordnung stand und später an der Hand des Protokolls die einzelnen Punkte behandelt werden sollten. Altvater sprach über die Erfahrungen mit unserer Arbeitsordnung und berichtete zugleich über die mit der Fiktion des Gaswerks, sowie dem Herrn Rautal Krepler geprüften Verhandlungen. Weiterer berichtete, daß in Sachen der nächtlichen Straßenreinigung alles beim Alten bleiben wurde. Wo hier der Haß im Wasser steht, wissen wir, man möchte bei dem Arbeiter sparen. Es erscheint jedoch ratsam, die Herren Rautal mit ihrem Sparsystem

auf andere Dinge zu lenken. Vielleicht sehen sie diese etwas besser an. Eine sehr lebhaft diskutierte seitens der Mitglieder brachte manche Mithelligkeit zutage. Gemeindevorstand Schweitzer schilderte die Situation bei den Verhandlungen über unsere Arbeitsordnung auf dem Rathaus. Weiter ersuchte er die anwesenden Kollegen, stets ruhig und sachlich zu verhandeln und mit praktischen Gesichtspunkten zum Ausbau der Arbeitsordnung beizutragen. Besonders ermahnte er die Kollegen, die noch der Organisation fernstehen, sich umgehend derselben anzuschließen. Vor Schluß der Versammlung wurde noch auf die ausgegebenen Fragebogen aufmerksam gemacht und zum regelmäßigen Besuch der Versammlungen für die einzelnen Betriebe aufmerksam gemacht.

Karlsruhe. Schon seit geraumer Zeit fragen sich die städtischen Arbeiter, wann endlich die ihnen in Aussicht gestellte Lohn-erhöhung, für die doch im Gemeindehaushalt die Mittel vorgeesehen sind, kommen werde. Man scheint in den maßgebenden Kreisen der Meinung zu sein, daß die Arbeiter warten könnten und müßten, bis man endlich beliebt, die so sehr notwendige Aufbesserung eintreten zu lassen. Mittlerweile kämpfen die Arbeiter mit der Not und der Sorge. Kein Wunder, wenn in den Kreisen der städtischen Arbeiter Unmut entstand. Um nun den städtischen Behörden zu zeigen, daß die Arbeiter der Verschleppung der für sie so ungemein wichtigen Lohnhöhung keineswegs gleichgültig zusehen, wurde für Sonntag, den 22. August d. J., von der Organisationsleitung nach dem Röhrleinsden Saale eine Versammlung einberufen, in welcher Gauleiter Sedmann aus Mannheim über „Die Forderungen der städtischen Arbeiter und das Verhalten der städtischen Behörden“ referierte. Sedmann setzte auseinander, welche Forderungen seitens der städtischen Arbeiter erhoben wurden und übte in durchaus sachlicher Weise Kritik an dem Verhalten der städtischen Behörden, welche die Schuld an der Verzögerung der Lohnhöhung triffe. Der Referent zeigte den Versammelten aber auch, daß sie nur durch die Organisation Einfluss auf die Gestaltung der Verhältnisse gewinnen könnten. Die Ausführungen des Referenten fanden bei den sehr zahlreich erschienenen städtischen Arbeitern — der Saal war überfüllt und man darf die Besucherzahl auf nahezu 400 angeben — lebhaft Zustimmung. Die Meinung der Anwesenden wurde dann in folgender Resolution zum Ausdruck gebracht: „Die heute im Saale der Restauration Röhrlein tagende, von nahezu 400 städtischen Arbeitern besuchte Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Tatsache, daß die schon im Oktober 1907 eingereichte Petition des Gemeindearbeiterverbandes bis heute noch keine Erledigung seitens des Stadtrats gefunden hat und protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Nichtauszahlung der bereits im März bewilligten Lohnaufbesserungen. Die Versammlung betrachtet die Erfüllung der in genannter Petition niedergelegten Forderungen nach wie vor als eine absolute Notwendigkeit und erwartet von der Stadtverwaltung die baldige Erledigung derselben, sowie die baldige Auszahlung der bewilligten Lohnhöhungen. Die Versammelten sehen in dem Verband der Gemeindegewerkschaften die geeignete Vertretung ihrer Interessen und beauftragen die Verbandsleitung, alle Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, ihre Forderungen zur Durchführung zu bringen.“ In der Diskussion bekämpfte Stadtverordneter Vergmann die gelben Gewerkschaften und schloß sich im übrigen dem Referenten an. Der Appell des Referenten zum Anschluß an die Organisation war nicht vergebens. Eine große Zahl Anmeldungen war eingelaufen. Der Vorsitzende betonte noch in kurzer Ansprache die Notwendigkeit der Organisation und forderte die Kollegen zur regen Parteilichkeit für den Verband auf. Der Fall, den die Anwesenden den Rednern spendeten, beweist, daß sie ihnen aus dem Herzen gesprochen haben. Möchten nun endlich die städtischen Behörden einsehen, daß es Zeit wird, die von der Vertretung der Bürgerchaft bewilligte Lohnhöhung eintreten zu lassen. Es ist doch ganz natürlich, daß die Arbeiter mit ihrem an sich geringen Lohn viel dringender einer Aufbesserung ihrer Löhne bedürfen, wie Leute, deren Einkommen das Zehn- und Mehrfache eines Arbeiters beträgt.

Strasbourg. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung fand am 15. August in den „Drei Blumen“ statt. Auf der Tagesordnung stand: „Entscheidung über die Stellungnahme zu den beabsichtigten Betriebsbeschränkungen“, ferner: „Unterstützungsangelegenheiten“. Zum ersten Punkt teilte Kollege Würtz mit, daß die Aufregung, die sich der Kollegen sämtlicher Betriebe bemächtigt hat, zwar beargwünzigt, immerhin wurden aber von einzelnen Kollegen die Gerüchte über bevorstehende Entlassungen ganz bedeutend übertrieben. In Wirklichkeit wurden, nach authentischer Mitteilung des Bauamts, neun Arbeiter vom Straßenunterhalt außerhalb des inneren Straßenzentrums geschäftigt, und von der Straßenreinigung sollen 20-25 Mann in der Weise zur Entlassung kommen, daß diejenigen Arbeiter, die sich in nächster Zeit dienstliche Verpflichtungen zuschulden kommen lassen, die Mündung erhalten. Die Nachfolgende der Straßenreinigung wird von 18 auf 12 Mann reduziert. Ob bei der Toblenreinigung ebenfalls eine Betriebsbeschränkung stattfindet, steht noch dahin. In Anbetracht des Umstandes, daß die geplanten Betriebsbeschränkungen eine vollständig ungerechtfertigte Last gegen die Arbeiter bedeuten, auch keineswegs im Interesse der Allgemeinheit liegen, wurde beschlossen, eine öffentliche Versammlung

einguberufen, und diese durch Anschlag von Plakaten und durch Verbreitung von Handzetteln zu publizieren. Möglichenfalls sollen noch Flugblätter ausgeben werden. — Zum 2. Punkt teilte Mollege Würter mit, daß in letzter Zeit sich das Filialvermögen ganz beträchtlich erhöht hat, und sollen deshalb unsere Unterstützungs-einrichtungen weiter ausgebaut werden. Die Erwerbsverwaltung schlägt vor: Nach Schwöbiger Mitgliedschaft: 1. Bei jeder Krankheit oder Erwerbslosigkeit, militärische Übungen ausgenommen, werden für die erste Woche 3 Mk. Unterstützung gewährt, sofern die Erwerbslosigkeit länger als eine Woche dauert. 2. Zu der Erwerbslosenunterstützung von 4 Mk. pro Woche, die vom Verband aus gewährt wird, wird seitens der Filiale ein Zuschuß von wöchentlich 2 Mk. geleistet, so daß wöchentlich 6 Mk. zur Auszahlung gelangen. 3. Zu jedem Todesfall eines nichtpensiierten Mitglieds wird ein Zuschuß von 20 Mk., und bei der Frau eines Mitglieds von 10 Mk. gewährt. Diese Unterstützungen bedeuten für unsere Filiale einen ganz gewaltigen Fortschritt. Denn vor einem Jahre, als die Massenverhältnisse noch im argen lagen und überhaupt keine Erwerbslosenunterstützung ausbezahlt wurde, hätte dies niemand erwartet. In der Diskussion wüßte Mollege Walter, daß die Unterstützungen nicht zu weit ausgebaut werden, um zu verhindern, daß die Filiale wieder zurückkommt. Die Mollegen Gabel, Urban, Gebhardt u. a. find mit den Vorschlägen einverstanden. Nachdem noch Mollege Würter die finanzielle Unterlage der Reweinführungen erörtert und dargelegt hatte, daß die Vorschläge rednerisch gut fundiert sind, wurden obige Vorschläge einstimmig angenommen. Zum Schluß wies Mollege Würter noch darauf hin, daß die nun einzuführenden Unterhaltungen neben den vielen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Frucht langjähriger Nationalarbeit und pünktlicher Zeitragszahlung sind. Wegen die Mollegen mit Eifer und Hingebung daran geben, auch die noch fernstehenden Mollegen der Organisation zuzuführen, kann werden sie noch öfter dergleiche erfreuliche Beschlüsse fassen können.

Rundschau.

Esobien ist das heftigste Geich über die Errichtung einer Fürsorgekasse für die Wamten und Bediensteten der Landgemeinden und Kommunalverbände erschienen. Durch diese Kasse werden Verhältnisse für alle Wamten und Bedienstete, die im Hauptberufe im Dienste von Gemeinden und Körperschaften stehen, zur Einführung gelangen, außerdem übernimmt die Kasse die Sorge für Witwen und Waisen. Die Mittel für diese Fürsorgekasse werden durch Beiträge der Mitglieder, teils Einlagen von Gemeinden und Körperschaften und schließlich durch einen dauernden Staatbeitrag aufgebracht.

Wie der Reichslügenverband zu seinen
Terrorismusaufschüben von der Sozialdemo-
kratie kommt. Offenbar zur Ausnutzung im vorbesagten
Sinne hat ein früheres Mitglied des Verbandes reichstreuer Arbeiter
zu Magdeburg von der Geschäftsstelle dieser Leute folgendes
Schreiben erhalten:

Person in Maadabura.

Etwa betreffend Auswanderung aus dem Verbanne, erlauben wir
 E: hiermit, uns darüber Auskunft zu geben, aus welchem
 Grunde Sie dieses getan haben. Sollte es wegen des sozial
 demokratischen Terrorismus bei der Arbeit hunden, so möchten
 wir Ihnen doch bitten, uns doch näheren Weisheit angehen zu
 lassen, damit wir in dieser Sache dann weitere Schritte unter
 nehmen können. Wir werden dann Ihrer Direktion davon in
 Kenntnis setzen.

Gedachtungsgevoll

Die Geschäftsstelle des
Verbandes reichstreuer Arbeiter.
Frankfurt.

Hier zeigt sich klar und deutlich, wie's gemacht wird; wenn nun nach dem ersten Briefe keine Antwort erfolgt, dann fehlt nur noch der Besuch in der Wohnung und beim Arbeitgeber. Und solche Menschen wollen dann noch von Terrorismus der Sozialdemokratie reden. —

Die wirtschaftliche Lage in Sachsen. Der Arbeitsmarkt im Nordreich Sachsen hat sich auch im Juni nicht gehoben, obwohl doch dieser Monat in der Regel die Substitution im Berggewerbe darstellt. Sämtliche sächsischen Arbeitsnachweise, welche über ihre Geschäftsergebnisse Berichte an das kaiserl. statist. Amt in Berlin einreichen, verzeichnen im genannten Monat 16 635 männliche und 6165 weibliche Arbeitsfindende. Ihnen standen gegenüber 8420 männliche und 5529 weibliche offene Stellen. Wirklich besetzt wurden nur 8102 männliche und 4065 weibliche Stellen. Die Zahl der berufenen Arbeitslosen, insbesondere die der weiblichen, ist daher ganz erheblich. Bezeichnet man diese Zahlen mit den Ergebnissen derselben Arbeitsnachweise in dem gleichen Monat des Vorjahres, so ergibt sich, daß die Arbeitsfindenden um

rund 400, die offenen Stellen dagegen um rund 5700 und die vermittelnden Stellen um rund 4700 abgenommen haben. Aus den Einzelberichten für Juni 1908 geht hervor, daß die Lage besonders für die Metallarbeiter, Buchdrucker, Buchbinder, Maler, Sattler usw. ungünstig war; die ungünstigen Verichte der Arbeitsnachweise finden auch eine Bestätigung in den Berichten über die Geschäftsergebnisse der Krankenkassen: die 250 städtischen Kassen, welche dem statistischen Amt Mitteilungen zugehen ließen, hatten im Juni eine Abnahme von 1528 männlichen und 2101 weiblichen Mitgliedern. Tagelohn vermehrt sich wiederum die Zahl der erwerbsunfähigen Kranken, und zwar um circa 700. Schließlich gingen auch — das ist der dritte Grundmesser für die wirtschaftliche Konjunktur — die Einnahmen der Landesversicherungsanstalt im Königreich Sachsen an Invalidenversicherungsbeiträgen zurück. Alles in allem ein trübes Bild, das sich hoffentlich bald aufheitert.

Die gelben Gewerkschaften planen eine Konferenz, die schon durch den Einbruch in das richtige Licht gestellt wird. Dieser Widermann ist nämlich bisher Sekretär eines Unternehmerverbandes gewesen, besitzt also besondere Qualifikation zur Leitung einer sogenannten Arbeiterorganisation, die ihre Aufgabe in der Organisierung des Streikbruchs erblickt.

Zur Verhütung eines Verbots des gewerblichen Aufzuchtens der Magistratsbeamten hat der Verein Berliner Müller an die Gemeindebehörden von Berlin eine Petition gerichtet. Der Verein begründet diese Petition mit der angeblich erdrückenden, den ganzen Mühlereisand schädigenden Konkurrenz und dem Hinweis auf das auskömmliche Einkommen der städtischen Beamten.

Ausgang der Tuberkulosesterblichkeit. Nach einem Vortrag des Berliner Professors Dr. Kränkel hat sich die Sterblichkeit an Tuberkulose seit 1875 bedeutend vermindert. Während in Preußen 1885 noch 88 283 Personen (31,14 an 10 000 Lebende) an Tuberkulose starben, betrug die Sterblichkeit 1906 noch 64 459 (17,27 auf 10 000), im Verhältnis also 44,6 Proz. weniger. Für die verschiedenen Jahre ergaben sich folgende Todesfallzahlen: 1875 - 1879: 32; 1885 - 1889: 25,7; 1895 - 1899: 21,5; 1904 - 1906: 18,5. Die höchsten Zahlen in diesem Zeitraum weisen die Jahre 1875 und 1879 mit rund 32,5 auf. 1887 vollzieht sich zuerst eine erhebliche Verringerung (von 31 auf 29,5), die seitdem fast ununterbrochen anhält. Kränkel führt dieses günstige Ergebnis in der Hauptsache auf zwei Faktoren zurück: die Entdeckung des Tuberkelbazillus durch Koch und die Einführung der Arbeiterversicherung, speziell die Vorkassekassen für Lungenerkrankte, zweifellos. Neben ihnen aber wirken mit steigende Volksaufklärung und vor allem die Verbesserung der Lebenshaltung der Massen durch die Arbeiterbewegung, der es beschieden sein wird, diese wie alle anderen Volksseuchen dereinst zu überwinden.

Die Ergebnisse der schulärztlichen Untersuchungen in München. Die Tätigkeit der Mundener Schulärzte, die 20 an der Zahl, wovon eine Arztin, am 1. Januar 1907 ihre Wirksamkeit begannen, erstreckte sich in dem Welt des Schuljahres 1906/07 auf 23 518 Kinder (10 877 Knaben, 13 641 Mädchen). Davon war die Körperbeschaffenheit gut bei 10 573, mittel bei 12 057, schlecht bei 1588. Erkrankungsformen wurden insgesamt 35 553 festgestellt. Davon entfielen auf Augenkrankheiten 110, 6707, Krankheiten von Mund, Nase, Rachen 324, Nasitis 3245, Mutarum 2128, Krankheiten an Brustorganen 1064, Lunge 2046, Strophulose 1639, Chrenkrankheiten und anormales Gehör 1400 usw. Besonders auffällig in der elende Zustand der Zähne. Nur 1658 Kinder hatten tadellose, die übrigen mangelhafte oder schlechte Zähne. Hier tritt die Notwendigkeit, die schulärztliche Tätigkeit nicht auf die Entdeckung und etwaige unterärztliche Anordnungen zu beschränken, sondern auf die Behandlung der erkrankten Kinder auszuweichen, besonders deutlichutage.

Verfammlungskalender

Hannu. Sonntag, den 5. September, Mitgliederversammlung im „Gewerkschaftshaus“, Mühlstr. 2. Tagesordnung: Verbandssachen. Abrechnung vom Sommerfest.

Totenliste des Verbandes.

Robert Fieland, Breslau	H. Grook, Königsberg i. Pr.
† 18. August 1908 im Alter von 37 Jahren.	† 25. August 1908 im Alter von 49 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!